

Zeitschrift:	Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
Herausgeber:	Historischer Verein des Kantons Bern
Band:	58 (1974)
Artikel:	Die Schweizer Heimatwehr : zur Frontbewegung der Zwischenkriegszeit im Kanton Bern
Autor:	Roth, Fritz
Kapitel:	5: Im Spannungsfeld frontistischer Konzentration und Divergenz
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1070967

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

V. IM SPANNUNGSFELD FRONTISTISCHER KONZENTRATION UND DIVERGENZ

Im Frontenfrühling 1933, nach der Fusion der Neuen und der Nationalen Front, zeichnete sich die Möglichkeit ab, dass die frontistischen Kräfte sich zusammenschliessen könnten. Die Ablehnung des «Systems», die Frontstellung gegen Marxismus und Liberalismus, einigte fast alle Gruppen zumindest in der Negation und bot einen Ansatzpunkt für eine Sammlungsparole. Zudem verband die Idee des Korporativismus – war auch die Konkretisierung unterschiedlich und zum Teil unklar – die meisten Fronten miteinander und zugleich mit Katholiken, politischen Strömungen der welschen Schweiz und selbst liberalen Kreisen. Dass sowohl das Gemeinsame im Verneinen wie das Verbindende im Bejahen auf eine Koordination und Konzentration im frontistischen Lager hinwirkte, zeigte sich bei den zwei innenpolitischen Ausmarchungen des Jahres 1935, dem Kampf um die Kriseninitiative einerseits, dem Versuch, eine Totalrevision der Bundesverfassung herbeizuführen, anderseits. Zu einem eigentlichen Zusammenschluss der frontistischen Organisationen kam es allerdings nicht.

An Bemühungen, die Frontenbewegung zusammenzufassen, fehlte es nicht. Dabei zeichneten sich zwei Sammlungstendenzen ab: die erste zielte dahin, die verschiedenen Gruppen organisatorisch zu vereinigen; hiebei kam der Nationalen Front die Rolle des «Gravitationszentrums» zu.¹ Ziel der zweiten Tendenz war nicht die Fusion der einzelnen Gruppen, sondern die Bildung einer möglichst breiten Einheitsfront gegen links – bestehend aus Fronten sowie bürgerlichen Parteien und Vereinigungen – von Fall zu Fall, das heisst anlässlich von Kraftproben zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie. Der Realisierung dieser zweiten Form der Zusammenfassung frontistischer Gruppen hatte sich vor allem der Bund für Volk und Heimat verschrieben.

¹ Information 11/Juni 1933, 23.

1. BEMÜHUNGEN UM EINE EINHEITSFRONT GEGEN LINKS – DER BUND FÜR VOLK UND HEIMAT ALS TREIBENDE KRAFT¹

Der Bund für Volk und Heimat (BVH) wurde am 28. Mai 1933 in Langenthal ins Leben gerufen. Seiner Führerschaft gehörten vornehmlich Persönlichkeiten der Grossindustrie, der Finanzwelt, des Offizierstandes, Akademiker und eine Zeitlang einige Bauernpolitiker an, darunter etliche Parlamentarier, aber auch markante Figuren, die frei vom Odium der Sesselpolitik waren. Der Vereinigung stand ein weitgesteckter Einflussbereich offen, und sie verfügte über einen soliden finanziellen Rückhalt – ganz im Gegensatz zu den andern frontistischen Gruppen, die stets in Geldschwierigkeiten steckten.

Die ersten politischen Kundgebungen des BVH verrieten Tatkraft, Zielstrebigkeit, sicheren politischen Instinkt und tadellose Regie. Eine erste Aktion wurde im Sinne einer Pression auf das Parlament durchgeführt, um zu verhindern, dass der Genfer Sozialistenführer und Nationalrat Léon Nicole das Bundeshaus betrete.²

Die Initiative zum Ausschluss Nicoles aus dem Nationalrat war von studentischen Korporationenverbänden, namentlich dem Corporationen Convent der Universität Bern, ergriffen worden. Danach hatte sich der BVH der Sache angenommen und sie energisch vorangetrieben. In Protestkundgebungen, Resolutionen und Eingaben an die Bundesversammlung und den Bundesrat wurde beantragt, Nicole als Verantwortlichen der «Genfer Blutnacht» vom 9. November 1932 aus dem Nationalrat auszuschliessen. Die Forderung wurde verbunden mit der Drohung, dass das nationalgesinnte Schweizervolk notfalls zur Selbsthilfe schreiten werde, um zu verhindern, dass Nicole an der Sommersession der eidgenössischen Räte teilnehmen könne.

Zu Beginn der Session, am 7. Juni 1933, versammelten sich auf Betreiben des BVH Delegierte folgender frontistischer, studentischer, militärischer und patriotischer Vereinigungen in Bern: Bund für Volk und Hei-

¹ Vgl. zum BVH: ROTH, Die Schweizer Heimatwehr, Diss. Bern, 218–231.

² EB 36/9.6.1933. – Steiner Grenzbote 66/10.6.1933. – GdL 154/5.6.1933. – GdL 156/7.6.1933. – GdL 157/8.6.1933. – Information 12/Juli 1933. – Rote Revue 11/Juli 1933.

mat; Eidgenössische Front; Nationale Front; Heimatwehr; Korporationenverbände der Universitäten Basel, Bern, Freiburg und Zürich; Ostschweizerischer und Zentralschweizerischer Kavallerieverein; Schweizerische Offiziersgesellschaft; Schweizerischer Unteroffiziersverband; Schweizerischer Vaterländischer Verband; Schweizerische Wehrvereinigung. Die Delegierten liessen verlauten, sie erwarteten «auf das Bestimmteste», dass der Nationalrat in seiner Sitzung vom 8. Juni die Anträge auf Ausschluss Nicoles «sofort zum Beschluss erhebe». Im weiteren erklärten sie: «Die Organisationen bedauern anderseits lebhaft, dass das Parlament wiederum erst durch eine Bewegung aus dem Volke an die Notwendigkeit erinnert werden musste, den Gefühlen der staatserhaltenden Schweizerbürger Nachachtung zu verschaffen. Sie behalten sich vor, mit allen legalen Mitteln dafür zu sorgen, dass in Zukunft staatsfeindliche Elemente, die ihren Amtseid oder ihr Gelübde missachten, den Bundesbehörden ferngehalten werden.»¹ Am folgenden Tag beschloss der Rat bei gutbesetztem Saal und gefüllten Tribünen, das Geschäftsreglement durch einen neuen Artikel zu ergänzen, wonach ein Ratsmitglied, das seinen Eid oder sein Gelübde schwer verletze, für eine vom Rate zu bestimmende Dauer von den Verhandlungen ausgeschlossen werden könne, und wandte die neue Bestimmung sogleich an, indem er Nicole für die laufende Session ausschloss.² Der Rat könne gewiss sein, die öffentliche Meinung auf seiner Seite zu haben, schrieb die «Gazette de Lausanne».³ Demgegenüber meinte die sozialistische Zeitschrift «Information»: «Fascistische, halbfascistische und militaristische Verbände haben hier zum ersten Mal in einer grossen politischen Angelegenheit ihren ausserparlamentarischen Einfluss geltend gemacht. Die Einheitsfront dieser Verbände ist heute schon eine der stärksten politischen Kräfte der Schweiz.»⁴

Auf den 9. Juli 1933, den Jahrestag der Schlacht bei Sempach, organisierte der BVH gleich zwei grosse vaterländische Veranstaltungen: eine «Volkstagung» beim Wehrmännerdenkmal auf der Forch und eine «nationale Jugendtagung» im Amphitheater in Vindonissa.⁵ Die Tagung auf der Forch wurde gemeinsam mit den Jungbauern des Kantons Zürich

¹ Steiner Grenzbote 66/10.6.1933. ² Sten. Bull. NR 1933, 301–315.

³ GdL 157/8.6.1933. ⁴ Information 12/Juli 1933, 38.

⁵ EZ 4/6.7.1933. – EZ 5/15.7.1933.

veranstaltet. Für die Jugendtagung konnte eine grössere Zahl von Mitveranstaltern gewonnen werden, nämlich: Akademischer Harst, Nationale Studentenvereinigung Zürich; Eidgenössische Front; Jungbauern des Kantons Zürich; Neue Schweiz; Ostschweizerischer Kavallerieverein; Schweizerischer Fourierverband; Schweizerischer Katholischer Turnerverband; Schweizerischer Militärsanitätsverein; Schweizerische Offiziersgesellschaft; Schweizerischer Unteroffiziersverband; Schweizerische Vaterländische Vereinigung; Schweizerischer Waffenring (schlagende Korporationen); Seniorenverband des freiwilligen militärischen Vorunterrichts an der Kantonsschule Zürich; Studentenverbindungen von Bern, Freiburg, Lausanne und Zürich; Verband schweizerischer Artillerievereine; Zentralschweizerischer Kavallerieverein. Als Hauptreferent trat Bundesrat Minger auf.

Eine weitere Gelegenheit, Fronten und bürgerliche Parteien zu einer geschlossenen Front zusammenzufassen, boten die Gemeindewahlen vom 24. September 1933 in Zürich.¹ Der BVH ergriff die Initiative zu innerparteilichen Besprechungen, mit dem Ziel, der «roten Tyrannei» einen geschlossenen Bürgerblock entgegenzustellen und so in Exekutive und Legislative – in beiden Behörden hatten die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit – eine bürgerliche Mehrheit zurückzuerobern. Das Resultat war zunächst beachtenswert. Alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten und aller frontistischen Gruppen mit Ausnahme der Heimwehr schlossen sich in einem Bürgerblock zusammen und nahmen vor den Wahlen an gemeinsamen «vaterländischen Aktionen» teil. Der Ausgang der Wahlen wirkte für die Verfechter der Bürgerblock-Politik allerdings ernüchternd. Die Sozialdemokraten konnten ihre Positionen halten, die bürgerlichen Parteien verloren im 125köpfigen Gemeinderat sechs Sitze, die Nationale Front errang zehn Mandate.

Schon Ende des Jahres 1933 zeigte sich, dass die Idee der antimarxistischen Einheitsfront nicht mehr die gleiche Werbekraft besass wie im Sommer und Herbst. Wohl konnte der BVH im Dezember 1933 unter dem Leitgedanken «Wo die Behörden versagen, regt sich das Volk»² noch 200

¹ Vgl. FRITZ ROTH, Die Gemeindewahlen in der Stadt Zürich vom 24. September 1933, Profil 2/1974, 33–41.

² EZ 27/14. 12. 1933.

Personen nach Bern auf bieten, die dagegen protestierten, dass Nicole wieder Zutritt zu den Nationalratsverhandlungen erhalte und dass der Sozialdemokrat Johannes Huber zum Präsidenten der Volkskammer gewählt werde. Die Liste der protestierenden Vereinigungen war aber schon erheblich kürzer als bei der ersten Aktion gegen Nicole. Sie umfasste ausser dem BVH und dessen Tessiner Sektion, der Lega Nazionale Ticinese, noch die Eidgenössische Front, die Union Patriotique Neuchâteloise, den Vaterländischen Verband, Leonhardts Volksbund und einige Studentenverbindungen der Universität Bern.¹ Im Gegensatz zur ersten Aktion gegen Nicole blieb dieser Demonstration des Volkswillens der Erfolg versagt.

Die Idee der antimarxistischen Einheitsfront hatte in kurzer Zeit ihre Durchschlagskraft verloren, dies sicher in erster Linie wegen der Umorientierung, die sich im sozialdemokratischen Lager nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus vollzog. Die Wandlung in der Haltung der Linken stärkte auch diejenigen Kräfte im Bürgertum, die bereit waren, die Kluft zur Arbeiterschaft zu überbrücken. Die erste Frucht der Verständigungsbemühungen auf bürgerlicher wie gewerkschaftlich-sozialdemokratischer Seite war die Gründung der Wochenzeitung «Nation», deren erste Nummer am 1. September 1933 erschien. Die «Nation» verstand sich als Kampfblatt für eine Erneuerung des politischen und wirtschaftlichen Lebens auf demokratischer Grundlage. Aus den Kreisen um die «Nation» gingen später die Kriseninitiative und die Richtlinienbewegung hervor.²

2. HEIMATWEHR UND NATIONALE FRONT

Würde eine Vereinigung von Nationaler Front und Heimatwehr gelingen? Dieser Frage wurde im Frontenfrühling, nach dem Zusammenschluss von Nationaler und Neuer Front, grosse Bedeutung beigemessen. Reichte die numerische Stärke der Heimatwehr auch bei weitem nicht an

¹ Die Nationale Front war an der Kundgebung ebenfalls vertreten, distanzierte sich aber nachher von der Aktion.

² Zur Gründung der «Nation»: FRITZ ROTH, Zeitung als Ausdruck ihrer Zeit, Profil 12/1973, 335–341.

diejenige der Nationalen Front heran, so nahm sie doch im deutschschweizerischen Frontismus eine Art Schlüsselstellung ein: sie verfügte als einzige der frontistischen Bewegungen im engeren Sinne¹ über eine gutausgebaute Position im Bauernstand und hatte als einzige dieser Bewegungen im Kanton Bern Fuss fassen können. Sie hätte daher für die Nationale Front eine geradzu ideale Ergänzung bedeutet. Die Organisation, die durch den Zusammenschluss der beiden Bewegungen entstanden wäre, hätte eine breitere soziale Basis und einen ausgedehnteren geographischen Einflussbereich erhalten als jede der beiden Gruppen für sich allein, sie hätte mit einem Recht den Anspruch erheben können, alle Bevölkerungsschichten zu repräsentieren, eine Volksbewegung zu sein.²

Die Nationale Front war bereits in der Frühzeit ihres Bestehens – Ende 1931 oder Anfang 1932 – einmal mit der Heimatwehr in Verbindung getreten, um über eine allfällige Fusion der beiden Gruppen zu verhandeln. Es blieb aber bei einem einzigen Gespräch zwischen Hans Vonwyl und Hans Fiez, dem damaligen Zentralpräsidenten der Heimatwehr, bei dem keine Einigung erzielt wurde.³ Differenzen bestanden namentlich in bezug auf die Freimaurerfrage und das Verhältnis zum Nationalsozialismus.

Die Nationale Front nahm bis zum Herbst 1932 den Freimaurern gegenüber eine ausgesprochen konziliante Haltung ein, und zwar aus rein persönlichen Gründen: Vonwyl war während seiner Studienzeit ausgezeichnet von zwei Freimaurern grosszügig und uneigennützig unterstützt worden, weshalb er sich in der Nationalen Front jegliche Agitation gegen die Freimaurerei verbat. Solange er Redaktor des «Eisernen Besens» war, konnte er der freimaurerfeindlichen Richtung in der Bewegung erfolgreich entgegentreten; nach seinem Ausscheiden aus der Schriftleitung im Herbst 1932 setzte aber die Freimaurerhetze in der Nationalen Front sofort ein.⁴

¹ Abgesehen wird von der überparteilichen, mittelständischen Neuen Schweiz, geführt vom bernischen Regierungsrat Fritz Joss (BGB), und den bis 1935 im Rahmen der Mutterpartei, der BGB, agierenden Jungbauern.

² Fraglich scheint mir freilich, ob eine Vereinigung für die weitere Entwicklung günstig gewesen wäre. Auf die Dauer hätten sich die Interessengegensätze innerhalb der neuen Organisation kaum vorteilhaft ausgewirkt.

³ ZÖBERLEIN, 205. ⁴ ZÖBERLEIN, 203 ff.

Im Gegensatz zur Heimatwehr verfügte die Nationale Front auch über beste persönliche Beziehungen zu nationalsozialistischen Kreisen in Deutschland und der Schweiz, obwohl sie sich bemühte, nicht als reiner Trabant des Nationalsozialismus zu gelten. Annäherungsversuchen von deutschen nationalsozialistischen Stellen zeigte sie sich zugänglicher als die Heimatwehr, die sich nationalsozialistische Anbiederungsversuche wiederholt energisch verbeten hatte.¹

Besser als zur Nationalen Front war 1932 das Verhältnis der Heimatwehr zu Robert Toblers Neuen Front. Verschiedene Male trat Tobler als offizieller Referent an Heimatwehr-Versammlungen auf.

Allmählich setzte sich bei den Führern der Neuen und der Nationalen Front die Überzeugung durch, dass man keinen politischen Einfluss erringen könne, wenn man einen kleinlichen Konkurrenzkampf gegeneinander führe, sondern nur, wenn durch ein Miteinander eine günstige Ausgangslage geschaffen werden könne. Im Herbst 1932 zeichnete sich eine Annäherung der beiden Fronten und der Heimatwehr ab.²

Der erste Markstein auf dem Wege zu einer geplanten Konzentration der frontistischen Kräfte wurde im Frühjahr 1933 mit der Bildung des Kampfbundes Neue und Nationale Front und der kurz daraufhin erfolgenden Fusion der beiden Bewegungen gesetzt.

Im Zusammenschluss der beiden Fronten, der nur als erster Schritt für eine weitere Konzentration der frontistischen Kräfte gedacht war, wurde von bürgerlicher wie sozialistischer Seite der Abschluss der ersten Etappe in der Entwicklung der schweizerischen Erneuerungsbewegung gesehen. Aymon de Mestral zeigte sich in der «Gazette de Lausanne» erfreut: «On ne saurait trop approuver cette tendance à la concentration des forces nationales. Puisse cet exemple être suivi.»³ Fritz Terkind schrieb im Juni 1933: «In der neuen ‚Nationalen Front‘, die bewusst als politische Partei auftritt, hat der Schweizer Faschismus sein Gravitationszentrum gefunden.»⁴ Und einen Monat später erklärte er: «Die nächste Etappe, die bedeutungsvollste überhaupt, soll der Zusammenschluss von NF [Nationale Front] und Heimatwehr sein ... In der faschistischen Front ist die

¹ Vgl. ROTH, Die Schweizer Heimatwehr, Diss. Bern, 46–51.

² Vgl. GLAUS, Die Nationale Front, 81 und 400f. – ZÖBERLEIN, 126f.

³ GdL 110/21.4.1933. ⁴ Information 11/Juni 1933, 23.

Heimatwehr als selbständige Organisation trotz ihrer namhaften Mitgliederzahl keine bedeutende politische Macht. Sie wird niemals berufen sein, eine Führerrolle im Schweizer Faschismus zu übernehmen. Aber sie wird, wenn der Zusammenschluss mit der Nationalen Front sich realisiert, die Kraft dieser Organisation verdoppeln und den Weg zur faschistischen Massenpartei freimachen.»¹

Der Mann, der wie kein anderer prädestiniert schien und auch willens war, die zersplitterte Frontenbewegung zusammenzuführen, war Oberstdivisionär z.D. Emil Sonderegger, Kommandant der Zürcher Ordnungstruppen im Generalstreik des Jahres 1918 und von 1920 bis 1923 Generalstabschef der Armee, in bürgerlichen Kreisen als «Retter des Vaterlandes» populär und geachtet², im sozialistischen Lager als «massgebender Mann eines antisemitisch-faschistischen Offiziersklüngels» verfemt.³ Er mochte glauben, dass im Frontismus eine Bewegung im Entstehen sei, die eine Umgestaltung des öffentlichen Lebens im Sinne der Gedanken, die er im Herbst 1933 in seiner programmatischen Schrift «Ordnung im Staat» darlegte, herbeiführen könnte. Zielbewusst und energisch setzte er sich für einen Zusammenschluss der verschiedenen frontistischen Gruppen, insbesondere von Nationaler Front und Heimatwehr, ein. Er scheine der Hauptmann Röhm des Schweizer Faschismus werden zu wollen, meinte Terkind, «wie Röhm in der Geschichte des Nationalsozialismus, so wird Sonderegger im Schweizer Faschismus eine Hauptrolle bei der Vereinheitlichung der faschistischen Bewegung und bei der Zusammenführung ihrer zersplittenen Gruppen zu spielen haben».«³

Der volkstümliche Offizier erwies sich als einer der publikumswirksamsten Agitatoren des Frontenfrühlings. Ihm sei der Auftrieb des Kampfbundes zu danken, glaubte sein Namensvetter RENÉ SONDEREGGER: «Es ist nicht zu leugnen, dass der rapide Zuwachs an Mitgliedern, Sympathisierenden und aufmerksamen Interessenten der Zugkraft der Persönlichkeit von Oberstdivisionär Sonderegger zuzuschreiben ist. Noch zu Beginn des Frontenfrühlings ... war die treibende Kraft der damals noch getrennten Fronten nicht spürbarer als die ganzen Monate vorher. Der Klang des bekannten Namens dieses Offiziers, des Retters Zürichs

¹ Information 12/Juli 1933, 37f. ² Vgl. HAAS, 328.

³ Information 11/Juni 1933, 25.

im Novembersturm des Generalstreiks von 1918, des mit Undank behandelten Generalstabschefs, stand als Erfolgsstern über diesen beiden Fronten.»¹

Sondereggers Bestrebungen waren zunächst von Erfolg gekrönt. Bis-her Hauptreferent an den grossen Kundgebungen der Nationalen Front, knüpfte er im Sommer 1933 auch Beziehungen zur Heimatwehr an. An der Landsgemeinde in Steffisburg vom 11. Juni 1933 trat er erstmals als Redner bei der Heimatwehr auf.² Er bekannte sich dabei zu den Zielsetzungen von Heimatwehr und Nationaler Front und propagierte den Zusammenschluss der beiden Organisationen «zu einer einigen, kraftvollen, nationalen Bewegung». ³ Elmer verlas ein Telegramm der Landesleitung der Nationalen Front, in dem diese der Landsgemeinde ihre Grüsse und Glückwünsche entbot, sich mit den Bestrebungen der Heimatwehr solidarisch erklärte und den Willen zur Zusammenarbeit bekundete. Elmer erklärte dazu, die beiden Bewegungen seien sich in der letzten Zeit nähergekommen; es bestehe eine enge Fühlungnahme und eine weitere Zusammenarbeit – wenn nicht eine Fusion – stehe bevor.⁴

Zwei Tage danach wurde in Bern, wo die Nationale Front erst kurz zuvor Eingang gefunden hatte, die obligate Sonderegger-Versammlung gemeinsam von Nationaler Front und Heimatwehr durchgeführt.⁵ Die Tagung wurde vom späteren Volksbundführer, Major Ernst Leonhardt aus Basel, geleitet. Ausser Sonderegger referierten Fonjallaz und Dr. Heinrich Eugen Wechlin, Chefredaktor des «Berner Tagblatts» und leitendes Mitglied der Eidgenössischen Front. Wechlin begrüsste die neuen politischen Impulse, die von den Fronten ausgingen, und empfahl den Zusammenschluss der verschiedenen Gruppen «zu gleichgerichtetem Vorgehen».⁶

Den entscheidenden Rückschlag in den Konzentrationsbemühungen brachte die Koalition der Nationalen Front mit den bürgerlichen Parteien bei den Zürcher Gemeindewahlen vom September 1933. Nicht nur das Verhältnis zur Heimatwehr wurde dadurch abgekühlt, auch die

² RENÉ SONDEREGGER, 34 f. ² Vgl. oben, S. 98 ³ Sb 12/15.6.1933.

⁴ EB 68/13.6.1933. ⁵ EB 69/15.6.1933. – Sb 13/1.7.1933. – Sb 14/15.7.1933.

⁶ EB 69/15.6.1933.

Spaltung der Nationalen Front wurde im wesentlichen dadurch verursacht.¹

Ein Teil der Front, vor allem um führende Mitglieder der alten Nationalen Front gruppiert, trat vor den Wahlen für ein selbständiges Vorgehen gegen Marxismus und Bürgertum ein, drängte auf eine Verständigung mit der Heimatwehr, die Bildung eines Oppositionsblockes mit ihr und forderte die Ersetzung des Landesführers Biedermann durch Oberstdivisionär Sonderegger, den Exponenten der Konzentrationsbemühungen einerseits, einer radikalen Politik andererseits. Da die Mehrheit der Landesleitung sich zugunsten eines Anschlusses an den Bürgerblock entschied, kehrten die Basler, Aargauer und Solothurner unter der Führung von Ernst Leonhardt, Emil Sonderegger und Hans Bossard der Nationalen Front den Rücken und gründeten den Volksbund, von dem sich wegen unterschiedlicher Stellungnahme zum Ordnungsgesetz im Februar 1934 Sonderegger und Bossard mit ihrem Anhang trennten und die Volksfront ins Leben riefen.

Die bernische Heimatwehr schloss sich im Herbst 1933 enger an Fonzallaz an und ging im Februar 1934 eine Allianz mit dessen Schweizer Faschisten ein, mit denen zusammen sie die Initiative für ein Verbot der Geheimbünde lancierte.² Ein Versuch der Heimatwehr, mit dem Volksbund eine Kampfgemeinschaft einzugehen, scheiterte im März 1934.³

Nachdem sich die Polemiken im Zusammenhang mit den Zürcher Wahlen erschöpft hatten, war das Bestreben von Nationaler Front und Heimatwehr bemerkbar, eine mögliche Zusammenarbeit nicht endgültig zu verbauen. Bei den bernischen Grossratswahlen vom 6. Mai 1934 wurden die «Kameraden der Nationalen Front im Berner Oberland» angewiesen, die Heimatwehr zu unterstützen.⁴ Nach den Wahlen wurde zwischen der Nationalen Front, Gau Bern, und der Heimatwehr Verhandlungen aufgenommen, mit dem Ziel, einen Zusammenschluss vorzubereiten. Ein konkretes Ergebnis konnte allerdings nicht erzielt werden.⁵

¹ GLAUS, Die Nationale Front, 130. – Information 4/November 1933.

² Zum Zusammengehen mit den Schweizer Faschisten und der Auflösung des Kampfbündnisses im August 1934: ROTH, Die Schweizer Heimatwehr, Diss. Bern, 295–339.

³ Siehe oben, S.22. ⁴ Front 50/30. 4. 1934. – Front 54/4. 5. 1934.

⁵ ROTH, Die Schweizer Heimatwehr, Diss. Bern, 241–244.

3. DEFENSIVALLIANZEN GEGEN DIE KRISENINITIATIVE

Zwei innenpolitische Ereignisse wirkten katalysierend auf die Konzentrationstendenzen im frontistischen Lager: die Volksabstimmungen über die Kriseninitiative und über die Totalrevision der Bundesverfassung. Die beiden Initiativen gelangten 1935 kurz nacheinander zur Abstimmung.

Zu einem ersten Zusammenrücken einzelner Fronten gab die Kriseninitiative Anlass. Die «Initiative zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not», vom Gewerkschaftsbund, den Angestelltenverbänden, dem Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe sowie den Jungbauern lanciert, wollte die Wirtschaftskrise durch staatliche Lenkungsmassnahmen bekämpfen. Dabei sollte vor allem auf den vom Bundesrat und den bürgerlichen Parteien vertretenen Grundsatz des Budgetgleichgewichts verzichtet und statt dessen die Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft und damit des Konsums angestrebt werden. Wenn die Initiative auch nicht die sozialistische Umwandlung der wirtschaftlichen Struktur bezweckte, sondern lediglich die Wirtschaftskrise auf möglichst wirksame Art bekämpfen wollte, so sah sie doch empfindliche Eingriffe in das Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft vor.

Schon rund ein Jahr vor der Abstimmung, am 23. Juni 1934, setzten sich Vertreter von Nationaler Front, Heimatwehr, Schweizer Faschisten, Eidgenössischer Front, Bund für Volk und Heimat, Aufgebotbewegung sowie Jungkonservativen im Schwellenmätteli zu Bern zusammen, «um über eine gemeinsame Abwehr der Staatsbankrott-Initiative der Gadien, Bratschi und Konsorten zu beraten».¹ Den Vorsitz führte Rolf Henne, Landesführer der Nationalen Front. Es wurde beschlossen, die Initiative «als marxistisches Machwerk, als Erzeugnis rein materieller Gesinnung und Sabotierung der Totalrevision der Bundesverfassung energisch zu bekämpfen».²

Wegen des Hegemonieanspruchs der Nationalen Front gedieh die Kampfgemeinschaft auf eidgenössischer Ebene nie über die ersten An-

¹ Front 97/26.6.1934. ² Front 96/25.6.1934.

fänge hinaus. Dagegen formierten sich einige kleinere Gruppen und Zirkel aus allen Landesteilen organisatorisch unter der Bezeichnung «*Eidgenössischer Bund*» (*Ligue Fédérale*, *Lega Federale*) am 23. Februar 1935 zu einer Aktionsgemeinschaft. Als Gründerorganisationen zeichneten die Heimatwehr, die Volksfront, die Genfer Union Nationale und der Cercle Fédéraliste de Fribourg. Ausserdem scharten sich um die Fahnen des Eidgenössischen Bundes der Front Valaisan, die Lega nazionale ticinese, die Ligue Vaudoise, der Ordre National Neuchâtelois und die Union Nationale de Fribourg – mit Ausnahme der Ligue Vaudoise¹ kleine föderalistische Zirkel ohne politisches Gewicht. Mit der Leitung des Bundes wurde ein Führungsausschuss betraut, der sich aus Vertretern von Volksfront, Heimatwehr und Union Nationale zusammensetzte. Die Geschäftsführung oblag der Leitung der Volksfront, das heisst Hans Bossard.²

Auf kantonaler Ebene schlossen sich die kantonalbernischen Gruppen von Heimatwehr, Nationaler Front, Eidgenössischer Front sowie Bund für Volk und Heimat als «*Nationaler Kampfbund*» im April 1935 zu einer «Tat- und Kampfgemeinschaft» zusammen.³ Von den drei Organisationen habe bisher im Kanton Bern bloss die Heimatwehr eine Rolle gespielt, schrieb die «*Appenzeller-Zeitung*», man habe an ihrer Tätigkeit nicht unbedingt Freude finden können. «Seitdem ihr Führer Elmer (Thun) gestorben ist, hat man auch von ihr nicht mehr viel gehört. Es scheint, dass der ‚Kampfbund‘ der wohl untaugliche Versuch werden soll, die eingeschlafene Bewegung wieder aufzublasen. Schade um die Energien, die dabei nutzlos verpufft werden müssen!»⁴

Die Zweckallianz des Kampfbundes erregte in bürgerlichen Kreisen etwelches Befremden, und auch die Beteiligten wurden des Bündnisses

¹ Die Ligue Vaudoise war die Nachfolgeorganisation von Ordre et Tradition. Vgl. GILG/GRUNER, 15f.

² BTB 151/1.4.1935. – H 14/14.4.1935. – Volksfront 14/5.4.1934. Der Eidgenössische Bund gegen die Kriseninitiative ist zu unterscheiden von der am 16. Februar 1935 von Volksfront und Heimatwehr Thun gebildeten Vereinigung gleichen Namens. (Vgl. unten, S. 168).

³ BTB 160/11.4.1935. – EB 44/12.4.1935. – GB 43/12.4.1935. Front 87/12.4.1935. – H 15/11.4.1935.

⁴ APPENZELLER-ZEITUNG 86/11.4.1935.

nicht recht froh. «Mag auch noch so manches, was da aufs Programm genommen wird, sympathisch berühren», schrieb die freisinnige «Appenzeller-Zeitung» weiter, «so wird die Gründung doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hier um eine erweiterte Frontorganisation handelt, für die sich Gruppen gewinnen liessen, denen man diese Schwenkung nicht zugetraut hätte.»¹

Im «Bund» wurde die Kampfbundformation als Kombination bezeichnet, «die von der ehemaligen Elmerwehr (die den bäuerlichen Steuerstreik organisieren wollte) bis zum ausgesprochen kapitalistischen ‚Bund für Volk und Heimat‘ reicht und die Henneschen Nazi sowie die aristokratisch-reaktionäre ‚Eidgenössische Front‘ umfasst.² Und an anderer Stelle führte das gleiche Blatt aus: «Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, heute die Heimatwehr, die als Opposition zum ‚Kapitalismus‘, zu den ‚Herrenbauern‘ und ‚Bonzen in der Bauernpartei‘, so hiess es damals, aus kleinbäuerlichen Kreisen entstanden ist, Arm in Arm mit dem sehr kapitalistisch orientierten Bund für Volk und Heimat zu sehen. Das verspricht für die ‚Erneuerung‘ allerhand.»³

Die sozialdemokratische «Berner Tagwacht» erklärte, die bombastischen Ankündigungen dieser Fronten-Zwitterart, d.h. des Kampfbundes, würden entweder vom Volke übergangen, oder wo sich doch noch Zuhörer einfänden, würden die «Lengacher, Wechlin & Cie.» böse heimgeschickt. «Die Verbundenheit dieser Sorte ‚Vertreter der Interessen des kleinen Mannes‘ mit dem Bunde vornehmer Herren hat auch jenen Kreisen die Augen geöffnet, die bisher an die Aufrichtigkeit Lengacherscher Phrasen glaubten.»⁴. Von seiten der Jungbauern wurde der Heimatwehr vorgeworfen, durch die Verbindung mit dem Bund für Volk und Heimat habe sie sich in die Fangarme der Grosskapitalisten und Freimaurer geworfen.⁵

Kein Wunder, wenn die Allianz auch in den Reihen der Heimatwehr nicht nur Zustimmung fand. Dass die Führung des Kampfbundes in der Kampagne gegen die Kriseninitiative vom Zentralsekretär des Bundes für Volk und Heimat, Peter Dürrenmatt, übernommen wurde, verstärkte das Misstrauen der kleinbäuerlichen Heimatwehrler. Dürrenmatt übernahm

¹ APPENZELLER-ZEITUNG 86/11.4.1935. ² BUND 486/18.10.1935.

³ BUND 475/11.10.1935. ⁴ BTW 120/24.5.1935. ⁵ H 16/18.4.1935.

auch das Sekretariat der Heimatwehr und wurde von der Generalversammlung am 25. August 1935 «im Sinne des Fortschritts und der Erneuerung» zum Vizepräsidenten gewählt.¹

Dürrenmatt war Seele und Promotor des Kampfbund-Unternehmens. Der 1904 in Herzogenbuchsee geborene Enkel Ueli Dürrenmatts, des Führers der konservativen bernischen Volkspartei, und Sohn des bernischen Regierungsrates Dr. Hugo Dürrenmatt hatte in Genf und Bern Geschichte, Germanistik und Latein studiert und das bernische Mittelschullehrer-Patent erworben. 1930 bis 1934 war er als Internatslehrer und -leiter in Deutschland tätig. Nach seiner Rückkehr in die Schweiz wandte er sich dem Journalismus zu. Mit kämpferischem Elan stürzte er sich in die als Entscheidungsschlacht zwischen Sozialismus und Bürgertum aufgezogene Kampagne. Der Kampfbund veranstaltete rund fünfzig Volksversammlungen, an denen fast durchwegs Dürrenmatt als Hauptreferent auftrat, sekundiert zumeist von Graber. Vereinzelt wurden auch Referenten anderer Erneuerungsgruppen beigezogen, so die Führer der Volksfront, Hans Bossard und Adolf Füllemann, oder Jacob Lorenz von der Aufgebotbewegung.²

In Kanton Bern mass man dem Ausgang der Abstimmung besondere Bedeutung bei, war es doch den jungbäuerlichen Initianten hier gelungen, bei der Unterschriftensammlung in bäuerliche Kreise einzudringen. Die Gefahr einer rot-grünen Allianz schien deshalb besonders gross. «Den Gedanken einer marxistisch-bäuerlichen Verbrüderung, wie er unter dem Decknamen ‚Front der Arbeit‘ aufgezogen wurde, ihn machte man mit allen Künsten der Demagogie dem Berner mundgerecht. *Man machte das Land*, auf gut berndeutsch gesagt, *sturm*», meinte Dürrenmatt.³

Am 2. Juni 1935 wurde die Kriseninitiative nach einer Abstimmungskampagne von selten erlebter Heftigkeit mit 567425 zu 425242 Stimmen und 18 zu 4 Ständen abgelehnt. Besonders hohe Verwerfungsziffern wiesen die welschen und innerschweizerischen Kantone auf; sie brachten in erster Linie ihre Abneigung gegen jeglichen Angriff auf das föderalistische Prinzip zum Ausdruck. Zu den vier annehmenden Kantonen gehörte neben Solothurn, den beiden Basel und Schaffhausen

¹ H 35/29.8.1935. ² GB 38/1.4.1935. – GB 61/27.5.1935. – BTW 77/2.4.1935.

³ EZ 18/3.5.1935

auch der «Bauernkanton» Bern, der mit rund 90 000 zu 78 000 Stimmen annahm. 16 der 30 Amtsbezirke wiesen annehmende Mehrheiten auf.

Im Oberland nahmen die Ämter Interlaken, Ober- und Niedersimmental, Saanen und Thun an, Frutigen und Oberhasle verwarfen; sämtliche Amtsbezirke des Mittellandes und des Oberaargaus nahmen an, wogegen alle emmentalischen Ämter verwarfen; im Seeland standen drei annehmenden drei ablehnende Bezirke gegenüber, und von den sieben jurassischen Ämtern nahm nur eines (Courtelary) an. Das Schwergewicht der Annahme lag demnach in Oberland, im Mittelland und im Oberaargau.

Bei den Grossratswahlen vom 6. Mai 1934 hatten rund 95 000 bürgerliche rund 52 000 sozialistischen Wählern gegenübergestanden. 48 000 Bürger, die ein Jahr zuvor nicht sozialistisch gewählt hatten, hatten demzufolge der Kriseninitiative zugestimmt. «Man geht nicht fehl in der Annahme, dass der kleinere Teil dieses Kontingents bei den Fixbesoldeten der Städte, der Grossteil aber bei den *krisenbedrängten Schichten des Landvolkes* zu suchen ist», erklärte die «Neue Berner Zeitung».¹ Als Fazit der Abstimmung glaubte das BGB-Blatt festhalten zu können, dass in breiten, absolut *nicht* marxistischen Kreisen des Landvolkes eine zur Hauptsache durch die Krise verursachte scharfe politische Missstimmung bestehe, die auch dann zum Ausdruck komme, wenn ein Kampf unter der Parole «Hie Bürgertum – hie Sozialismus» ausgefochten werde. Noch einseitiger suchte das «Geschäftsblatt» das Abstimmungsresultat mit der wirtschaftlichen Notlage zu erklären: «Dort, wo *bittere Not* dem Volk den Tag verdunkelt, dort haben sich die Ja in den Urnen gehäuft... Das muss jedem die Augen öffnen über die wahren Beweggründe des bernischen Votums. *Die Not in eigener Person* hat hier den Griffel geführt. Möge dieses Mahnzeichen die nötige Beachtung finden!»²

Es ist indessen offensichtlich, dass sich das bernische Abstimmungsergebnis allein mit der Wirkung der «bösen Krisenstimmung» nicht befriedigend deuten lässt. Gehen wir von der Frage aus, ob die Stellungnahme und die intensive Agitation des Kampfbundes – und das heisst in erster Linie: der Heimatwehr – etwas gefruchtet habe.

¹ NBZ 28/3.6.1935. ² GB 64/3.6.1935.

Tatsächlich weisen einige typische «Heimatwehr-Gemeinden» sehr hohe Verwerfungsziffern auf. Im Amt Konolfingen etwa: Aeschlen 5 Ja zu 67 Nein, Arni 63 zu 214, Biglen 90 zu 196, Herbligen 27 zu 77, Landiswil 21 zu 158, Oberhünigen 16 zu 40, Oberthal 33 zu 154. Im Amt Thun: Eriz 41 zu 109, Horrenbach-Buchen 22 zu 48, Pohlern 11 zu 42, Teuffenthal 11 zu 36. Und im Amt Frutigen schliesslich: Adelboden 173 zu 354, Reichenbach 170 zu 305.¹ Ein geringer, lokal eng begrenzter Einfluss der Heimatwehr- und Kampfbundpropaganda darf demnach wohl angenommen werden.

Nun fällt aber auf, dass in den bäuerlichen Amtsbezirken Schwarzenburg, Saanen, Ober- und Niedersimmental keine einzige Gemeinde die Kriseninitiative ablehnte. Diese Ämter waren Hochburgen der Jungbauern.² Im Amt Schwarzenburg z.B. hatten bei den Grossratswahlen vom Frühjahr 1934 rund 1400 bürgerliche rund 360 sozialdemokratischen Wählern gegenübergestanden. Die Kriseninitiative wurde jedoch 1067 zu 772 Stimmen angenommen. Es ergab sich also eine Verschiebung um 700 Stimmen, was ziemlich genau der Stärke der Jungbauern entsprach. Entsprechende Verschiebungen zeigten sich in allen Ämtern, in denen die Jungbauern Fuss gefasst hatten.

Dies lässt sich kaum anders erklären, als dass die Anhänger der Jungbauern, die 1934 noch als bürgerliche Wähler in Erscheinung getreten waren, nun in das als sozialistisch abgestempelte Lager der Befürworter der Kriseninitiative hinübergewechselt hatten. Die Tatsache, dass die unter der Bezeichnung «Front der Arbeit» von Sozialdemokraten und Jungbauern angestrebte rot-grüne Allianz im Bernbiet bei dieser Abstimmung weitgehend realisiert worden war, bildete für die meisten bürgerlichen Kommentatoren ein solches Ärgernis, dass sie sie zu ignorieren suchten, was zu einer Fehldeutung des Resultates führen musste.³ Der Urnengang machte deutlich, dass der Einfluss der Heimatwehr in

¹ Als Vergleichszahlen für die Stärke der Heimatwehr dienen die Ergebnisse der Grossratswahlen vom Mai 1934, der Nationalratswahlen vom Oktober 1935 und der Grossratswahlen vom Mai 1938.

² Vgl. RIESEN, 199f.

³ Eine Ausnahme machte das freisinnige «Oberländer Tagblatt», das erklärte: «Die Wirkung der Jungbauernbewegung zeichnet sich durch den ganzen Kanton sehr deutlich ab» (OTB 127/3.6.1935).

der bäuerlichen Bevölkerung im Vergleich zu demjenigen der Jungbauern unbedeutend geworden war.

4. OFFENSIVFRONT ZUR TOTALREVISION DER BUNDESVERFASSUNG

Hatten sich die Erneuerungsbewegungen im Kampf gegen die Kriseninitiative zur Abwehr eines Angriffes von links auf die überkommene föderative und liberale Demokratie zu lockeren Kampfgemeinschaften zusammengefunden, so führte sie die Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung zu einer Angriffsfront gegen das «System» zusammen.¹

Der Ruf nach einer Totalrevision der Bundesverfassung war zuerst im Jahre 1933 von den Jungliberalen ausgegangen. Mit der Lancierung einer Initiative prellten aber im Frühjahr 1934 zwei frontistische Gruppen vor, die Nationale Front und die Volksfront. Den äusseren Anstoss gab die durch die Verwerfung des Ordnungsgesetzes offenkundig gewordene Vertrauenskrise zwischen Volk und Bundesbehörden.

Eine Woche nach der Abstimmung über das Ordnungsgesetz, am 18. März 1934, beschloss eine Tagsatzung der Nationalen Front in Olten, eine Volksinitiative auf Totalrevision der schweizerischen Bundesverfassung in die Wege zu leiten.² Einen analogen Beschluss fasste am selben Tag die Gründungsversammlung der Volksfront unter ihrem Landesführer Emil Sonderegger in Brunnen.³ Die Volksfront wurde zur eifrigsten Verfechterin einer Totalrevision unter den frontistischen Gruppen. Sonderegger hatte in seinen Vorträgen stets für eine staatliche Neuordnung durch eine Verfassungsrevision plädiert und in seiner Schrift «Ordnung im Staat» einen Entwurf für eine neue Verfassung vorgelegt.⁴ Seine Konzeption wies autoritär-zentralistische Grundzüge mit plebisztärem Einschlag auf: Die Legislative liegt bei einer vom

¹ Vgl. zur Diskussion um die Totalrevision der Bundesverfassung die Arbeiten von SCHLOMS und STADLER.

² STADLER, 101. ³ Volksfront 2/22.3.1934.

⁴ EMIL SONDEREGGER, Ordnung im Staat, 103–106.

Volk gewählten Regierung; ein ebenfalls vom Volk gewählter Landammann ist befugt, innerhalb der Amts dauer die Neuwahl der Regierung anzuordnen. An die Stelle des Parlamentes tritt eine Bundesversammlung mit ausschliesslich beratender Kompetenz und eine Vertretung der berufsständischen Organisationen. Weitere seiner Programm punkte würden im Endeffekt zur Aufhebung der Meinungs- und Pressefreiheit und zum staatlichen Gesinnungsterror führen. Sonderegger war überzeugt, dass das Volk mit der Verwerfung des Ordnungsgesetzes den Willen zur Abkehr vom bestehenden System und zur Neuordnung im Sinne der nationalen Gruppen kundgetan habe. «Die Fahne lag am Boden. Wir nehmen sie alle begeistert auf. Um sie werden sich alle scharen, die die Not des Vaterlandes erkennen und den Willen, den Mut und die Tatkraft zur Abhilfe haben», erklärte er.¹ Das Zeitungsorgan seiner Gruppe, dessen erste Nummer am 15. März 1934 erschien, hieß im vollen Wortlaut programmatisch: «Volksfront für die Total Revision der Bundesverfassung zur nationalen und sozialen Erneuerung der Schweiz». Darin warb Sonderegger unablässig für einen Zusammenschluss aller erneuerungswilligen Gruppen. «Oberst Sonderegger bläst Sammlung aus Leibeskäften», kommentierte die «Nation». «Er begann sofort nach dem 11. März, indem er seine Trompetenstösse an sämtliche Fronten richtete...»²

Es gelang Sonderegger indessen nicht, eine eigentliche *Bewegung* für die Totalrevision in Schwung zu bringen. Im Gegensatz zu seinen Hoffnungen zeigte das Gros der Nein-Sager vom 11. März wenig Begeisterung für eine Erneuerung des «Systems». Nach dem Tode Sondereggers am 21. Juli 1934 verlor die Volksfront jede Ausstrahlungskraft.

Nationale Front, Jungkonservative, Aufgebotbewegung und Neue Schweiz schlossen sich kurz vor der Ablieferung der Unterschriften zur «Nationalen Tatgemeinschaft für das Volksbegehren auf Totalrevision der schweizerischen Bundesverfassung» zusammen.³ Am 5. September 1934 konnten 78050 gültige Unterschriften auf der Bundeskanzlei deponiert werden – eine bescheidene Zahl, stellt man ihr etwa die 335000 Unterschriften der Kriseninitiative gegenüber. Die Jungliberalen verzich-

¹ Volksfront 2/22.3.1934. ² Nation 14/6.4.1934. ³ STADLER, 128.

teten darauf, die von ihnen gesammelten Unterschriften einzureichen, ebenso die Volksfront.¹

«Schweizerbanner» und «Heimatwehr» empfahlen zwar die Unterzeichnung der Initiative; doch beteiligte sich die Heimatwehr nicht aktiv an der Unterschriftensammlung.² Durch eine Totalrevision werde das System bedrängt, und der Wille des Volkes könne wieder zur Geltung kommen, argumentierte das «Schweizerbanner». Das Volk erhalte die Gelegenheit, diejenigen Männer nach Bern zu beordern, die die Bezeichnung Volksvertreter wirklich verdienten. Aus der gleichen Überlegung heraus drohte Elmer schon an der Landsgemeinde der bernischen Heimatwehr vom 11. Juni 1933, falls die Behörden die aufgestellten Forderungen nicht erfüllten, bleibe nichts anderes übrig, als die Totalrevision der Bundesverfassung zu verlangen. Damit könne man die Siebenschläfer und Sesselkleber in Bern von ihren Sitzen herunterholen.³

Das «Schweizerbanner» leistete seinen theoretischen Beitrag zur Diskussion um die Verfassungsrevision im Herbst 1934 in den drei letzten Nummern seines Erscheinens. Als eine Art politisches Testament publizierte es ein «Handbuch der Bundesverfassungs-Revision 1935».⁴

Die bernische Heimatwehr wurde bis zum 2. Juni 1935 ganz durch den Kampf gegen die Kriseninitiative in Anspruch genommen. Erst danach wandte sie sich, wenn auch ohne Schwung und Überzeugungskraft, der Revisionsfrage zu. Die Generalversammlung vom 25. August 1935 beschloss nach Anhören eines Referates von Peter Dürrenmatt einstimmig, mit voller Überzeugung und vollem Einsatz für die Totalrevision einzutreten.⁵ Eine Konzeption oder auch nur Leitvorstellungen fehlten der Heimatwehr gänzlich. Ihr Zeitungsorgan übernahm die Vorschläge, die PAUL LANG in seiner Schrift «Lebendige Schweiz» zur Diskussion gestellt hatte, als «Bausteine zur neuen Verfassung».⁶ Hauptargument der Heimatwehr zugunsten einer Totalrevision war, dass in einem neuen Ver-

¹ Von den grossen Parteien der Schweiz gab in der Folge nur die Konservative Volkspartei die Ja-Parole aus, gegen heftigen Widerstand in den eigenen Reihen.

² Sb 8/15.4.1934. – H 7/24.5.1934. ³ Vgl. oben, S.99.

⁴ Sb 18/15.9.1934. – Sb 19/1.10.1934. – Sb 20/15.10.1934.

⁵ H 35/29.8.1935. ⁶ H 19/18.7.1935.

fassungswerk der Schutz von Landwirtschaft und Gewerbe, des Mittelstandes ganz allgemein, verankert werden könnte.¹

Wie im Kampf gegen die Kriseninitiative lag die Führung der im Kampfbund vereinigten Gruppen in der Kampagne für die Verfassungsrevision bei Peter Dürrenmatt. Dürrenmatt hatte sich schon im August 1934 als überzeugter Anhänger einer Verfassungsrevision bekannt. In der Lancierung der Initiative sah er den Willen zu einer grundsätzlichen Neuorientierung bei der jungen Generation. «Man ist überdrüssig, überall Flickwerke zu finden und wünscht eine Gesamterneuerung, die an die Grundlagen gehen soll», erklärte er.²

Nachdem der Nationale Kampfbund in der Kampagne gegen die Kriseninitiative «seine Feuertaufe bestanden hatte»³, bemühte sich Dürrenmatt, ihn auf die ideelle Basis zu stellen, auf der seiner Überzeugung nach die Erneuerung aufzubauen musste: auf dem Geist der Gemeinschaft, der Kameradschaft, der Verantwortung und des Opferwillens.⁴ Diesem Ziel diente namentlich ein «politischer Kurs», den er für das Wochenende vom 6./7. Juli 1935 organisierte und leitete.⁵ Zugleich sollte diese Arbeitstagung, die in Waldhäusern-Moosegg im Emmental stattfand, den Zusammenhalt der Aktionsgemeinschaft stärken, das Gemeinsame in der Zielsetzung erarbeiten und das Vorgehen im Hinblick auf die Abstimmung über die Totalrevision der Bundesverfassung festlegen. Das Hauptkontingent der etwa 45 Teilnehmer stellte die Heimatwehr, daneben waren hauptsächlich Mitglieder der Nationalen Front vertreten. Dürrenmatt gab einleitend einen tour d'horizon über die politische Lage nach dem 2. Juni, wobei er – wie schon nach der Abstimmung – den alten bürgerlichen Parteien Unentschlossenheit und mangelnden Angriffsgeist vorwarf. Die «Front der Arbeit» mit ihren jungbäuerlichen Mitläufern habe wohl eine beachtliche Stimmenzahl aufgebracht, doch dürfe man mit Sicherheit annehmen, dass die einsichtigen Mitläufer von ihr «abspritzen» würden.⁶

Für den Ausgang der Abstimmung über die Totalrevision im Kanton

¹ H 32/8.8.1935. ² EZ 32/10.8.1934. ³ H 28/11.7.1935.

⁴ Vgl. seinen Artikel: Die Schweiz und die Freiheit, Nationale Hefte 8/November 1935, 373–380.

⁵ H 28/11.7.1935. – Front 158/10.7.1935. ⁶ H 28/11.7.1935.

Bern musste es von Bedeutung sein, ob die Revisionsidee in bäuerlichen Kreisen Anklang finden könne. Eine Verfassungsrevision hätte die Möglichkeit geboten, wichtige Schutzmassnahmen des Bundes zugunsten der Landwirtschaft, denen eine verfassungsrechtliche Grundlage fehlte, durch Modifizierung der Bestimmungen über die Handels- und Gewerbefreiheit ins ordentliche Verfassungsrecht überzuführen. Das war auch der Hauptgrund dafür, dass einige Bauernpolitiker entschiedene Befürworter einer Totalrevision waren. Verschiedene führende Köpfe der Bauernpartei, unter ihnen namentlich Markus Feldmann, kamen indessen zur Überzeugung, dass angesichts der unklaren Vorstellungen und divergierenden Zielsetzungen der Revisionsbefürworter statt einer Totalrevision bloss ein «Total-, Gestürm» resultieren würde.¹

An der Delegiertenversammlung der bernischen BGB vom 17. August 1935 wurde der Standpunkt der Befürworter von Richard König, Professor für Nationalökonomie an der Universität Bern, vertreten. Er wies darauf hin, dass der Zollschutz und der grösste Teil des übrigen Schutzes der Landwirtschaft verfassungsrechtlich in der Luft hänge. Der Gedanke des Schutzes des Mittelstandes sei der geltenden Verfassung ebenfalls fremd; deshalb müssten die verfassungsrechtlichen Grundlagen für eine «zielbewusste Mittelstandspolitik» geschaffen werden. Schliesslich würde eine grosse Aufgabe wie die Totalrevision der Verfassung das beste, ja das einzige Mittel sein, «um alle vaterländisch gesinnten, aufbauwilligen Kräfte zu positiver Arbeit zu vereinigen». Als besonders positiv wertete König, dass eine neue Verfassung die berufständische Ordnung verankern würde: «Gerade die Landwirtschaft mit ihren ausgebauten Organisationen hat ein allergrösstes Interesse an dieser Ordnung, welche auf dem Bestehenden aufbaut und im Rahmen der Demokratie möglich sein wird. Sie setzt die Interessengemeinschaft an die Stelle des Klassenkampfes und lässt die private Initiative bestehen, schränkt sie aber dort ein, wo sie gegen das Lebensinteresse der Allgemeinheit verstösst.»²

Misstrauisch waren demgegenüber vor allem die Jungbauern, die ja offiziell immer noch zur BGB gehörten.³ Hans Müller sprach an der

¹ STADLER, 121. ² GB 104/6.9.1935.

³ Die Trennung erfolgte am 9. November 1935.

Delegiertenversammlung die Befürchtung aus, durch eine Totalrevision würden formalpolitische Fragen in den Vordergrund gedrängt, während die weit dringenderen wirtschaftlichen und sozialen Fragen vernachlässigt würden.¹ Aber auch wegen der allgemeinen politischen Tendenzen, die sich im Lager der Befürworter abzeichneten, lehnten die Jungbauern die Initiative ab. Wenn von tragenden politischen Ideen überhaupt gesprochen werden könnte, erklärte der bäuerliche Presse-dienst, so seien es diejenigen der Reaktion und des Föderalismus. Diese Ideen zielten auf einen Abbau der politischen Rechte und Freiheiten, einen Abbau der Stellung des Bundes gegenüber den Kantonen, einen Abbau im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mit solchen Ziel-setzungen aber könnten sich die Jungbauern nicht einverstanden erklären, da ihr zentrales Anliegen der Ausbau der Wirtschafts- und Sozial-politik im Sinne der Gerechtigkeit sei.²

Es ist nicht erstaunlich, dass die bernische BGB angesichts der gegen-sätzlichen Auffassungen in ihren eigenen Reihen für die Abstimmung über die Totalrevision Stimmfreigabe beschloss, und zwar mit 157 zu 79 Stimmen.³

Erst kurz vor dem Abstimmungstermin, am 28. August, konstituierte sich in Bern noch ein 29köpfiges kantonales Aktionskomitee für die Totalrevision der Bundesverfassung. Es bestand zu je etwa einem Dutzend aus Mitgliedern der BGB und der Heimatwehr, schloss aber auch je einen Vertreter des Bundes für Volk und Heimat, der Nationalen Front, der Eidgenössischen Front sowie der Konservativen Volkspartei ein.⁴ Präsidiert wurde es von Regierungsrat Dr. Hugo Dürrenmatt (BGB), als gewichtigster Vertreter der Bauernpartei gehörte ihm Prof. Richard König, Präsident des schweizerischen Aktionskomitees für die Totalrevision, an. Die Heimatwehr war durch Peter Dürrenmatt, die Grossräte Lengacher und Wandfluh, die Landwirte Fritz Gerber (Bowil), Hans Gerber (Langnau), Fritz Küenzi (Wattenwil) und andere

¹ GB 96/19.8.1935. ² GB 104/6.9.1935.

³ GB 96/19.8.1935. Demgegenüber gab die BGB des Kantons Zürich die Ver-wurfungsparole aus. Auch Bundesrat Minger und Bauernsekretär Laur sprachen sich gegen die Initiative aus.

⁴ GB 101/30.8.1935. – GB 104/6.9.1935.

vertreten. Für die Nationale Front sass Max Leo Keller im Komitee, für den Bund für Volk und Heimat Samuel Haas, für die Eidgenössische Front Heinrich Eugen Wechlin und für die Konservativen schliesslich Hermann Cavelti, der als Sekretär amtierte – er war zugleich Sekretär des schweizerischen Aktionskomitee.¹

Wie wenig Resonanz die Revisionsparole in der Bevölkerung auszulösen vermochte, zeigte die Stimmabstimmung bei der Abstimmung vom 8. September. Hatte sie zwei Monate zuvor bei der Abstimmung über die Kriseninitiative gesamtschweizerisch 84,4% betragen, so sank sie am 8. September auf 60,9%. Im Kanton Bern gar bemühten sich am 8. September nur halb so viele Stimmbürger an die Urne wie am 2. Juni: Hier sank die Stimmabstimmung von 80% auf 41,5%. Annehmende Mehrheiten wiesen lediglich drei der vier katholischen Amtsbezirke des Nordjuras auf, nämlich Freibergen, Laufen und Pruntrut; der vierte, Delsberg, verwarf mit 1357 Nein zu 1180 Ja verhältnismässig knapp.² In den übrigen Ämtern wurde die Initiative durchwegs sehr deutlich verworfen. Nirgends lässt sich ein Erfolg der Revisionsfreunde aus BGB und Heimatwehr feststellen. Von der starken Heimatwehrposition an der Kander war nichts mehr zu merken. Hatte die Heimatwehr im Amt Frutigen bei den Grossratswahlen vom Mai 1934 1300 Anhänger aufbieten können, so folgten jetzt nur noch ganz wenige ihrer Parole: Mit 933 Ja zu 180 Nein verwarf der Amtsbezirk Frutigen in nicht wesentlich anderem Verhältnis als die übrigen ländlichen Bezirke des Kantons. «Im Oberland ist bemerkenswert das Versagen der Heimatwehrler. Auch da finis Austriae?», schrieb die «Berner Tagwacht» nach der Abstimmung.³

Die überkommende schweizerische Föderativdemokratie hatte gegenüber den Revisionsversuchen von links (Kriseninitiative) und von rechts (Totalrevision) standgehalten. Die liberale Idee, von links durch die Idee der integralen Planwirtschaft, von rechts durch die Idee des Korporativismus in Frage gestellt, hatte sich als staatliches Ordnungs-

¹ Cavelti, Zentralsekretär der Konservativen Volkspartei und Bundessekretär der Jungkonservativen, war Promotor des konservativ-frontistischen Zusammengehens in der Revisionsfrage.

² GB 105/9.9.1935. ³ BTW 210/9.9.1935.

prinzip behaupten können. Das schweizerische Staats- und Parteiengefüge zeigte eine weit grössere Beharrungskraft, als die Erneuerer erwartet hatten.

Die wuchtige Verwerfung der Totalrevision machte deutlich, dass die Erneuerungsbewegung keine bestimmende Kraft im politischen Leben der Schweiz darstellte. Diese Tatsache wurde durch die kurz nach der Abstimmung stattfindenden Nationalratswahlen bekräftigt.

5. DIE «NATIONALE ERNEUERUNG» IN DEN NATIONALRATSWAHLEN VOM 27. OKTOBER 1935

Für die Nationalratswahlen vom 27. Oktober 1935 stellte das «Frontenquartett»¹ des Kampfbundes im Kanton Bern eine eigene Liste mit der Bezeichnung «Nationale Erneuerung» auf.² Von den fünfzehn aufgestellten Kandidaten gehörten elf der Heimatwehr an, vier waren Mitglieder der Nationalen Front. Acht der elf Heimatwehrler waren Landwirte, dazu kamen ein Unterförster und ein Kaufmann, alle aus ländlichen Gemeinden des Frutigtals, des Amtes Thun und des Emmentals. Einziger städtischer Heimatwehr-Mann war Peter Dürrenmatt. Die Nationale Front des Gau Bern schickte folgende Kandidaten ins Rennen: Ing. Dr. Max Leo Keller, Direktor des kantonalbernerischen Amtes zur Einführung neuer Industrien (Biel), Major Heinrich Hersche (Bern), Dr. med. Heinrich Thomke (Biel) und Arthur Gribi, Mechaniker (Nidau-Biel). Die Liste war also, was geographische und soziale Herkunft der Kandidaten anbelangt, deutlich zweigeteilt: auf der einen Seite die bäuerlich-ländliche Heimatwehr-Gruppe, auf der anderen Seite die städtische, mit Ausnahme des Mechanikers aus der sozialen Oberschicht stammende Vertretung der Nationalen Front. Angeführt wurde die Liste von Graber, ihm folgten Keller und Dürrenmatt.

Nationale Front und Heimatwehr traten in der Wahlkampagne nicht gemeinsam auf. Die Nationale Front veranstaltete Kundgebungen in Bern, Biel und Thun und einigen grösseren Ortschaften in der Umgebung dieser Städte: Ostermundigen, Köniz, Münsingen und Lyss.³ Als

¹ EB 123/18.10.1935. ² H 41/10.10.1935. ³ Front 248/24.10.1935.

Referenten fungierten ausser den Kandidaten auch Robert Tobler, Eduard Rüegsegger und Werner Meyer. Die Heimatwehr beschränkte sich darauf, in den Bauerngemeinden ihrer Stammgebiete um die Gunst der Wähler zu werben.

Ausser in Wechlins «Berner Tagblatt» fand die «Nationale Erneuerung» in der bernischen Presse keine Unterstützung. Das «Berner Tagblatt» publizierte zuerst dreimal die Liste der Erneuerer, bevor es dem Leser die andern Listen zur Kenntnis brachte. Es räumte ein, die Liste erhebe keinen Anspruch darauf, «mit grossen Kanonen aufzurücken». Besondere Sympathie brachte das Blatt Peter Dürrenmatt entgegen: «Dass der Enkel von Ueli Dürrenmatt als städtischer Kandidat figuriert, ein junger, tatkräftiger Mann, der die politische Begabung als Erbe übernommen hat, ist eine erfreuliche Erscheinung gut bernischer Tradition.»¹ Wenn die «Nationale Erneuerung» in Zeitungen wie dem «Emmentaler-Blatt», dem «Geschäftsblatt» und der «Oberländer Volkszeitung» auch nicht direkt angegriffen wurde, so warnten diese Blätter doch nachdrücklich davor, der bürgerlichen Sache durch Unterstützung dieser Splittergruppe zu schaden.

Die «Nationale Erneuerung» erlitt ein vernichtendes Fiasko.² Ihre Liste vereinigte bloss 1,6% der bernischen Stimmen auf sich, was zu einem Mandat nicht ausreichte. Sie stand am Schlusse aller eingereichten Listen, hinter den Freiwirtschaftern (2,5%, kein Mandat) und Duttweilers Unabhängigen (2,9%, 1 Mandat). Lengacher erhielt mit Abstand am meisten Kandidatenstimmen (4971); ihm folgten Dürrenmatt (3990), Graber (3429), Keller (3382) und Reusser (3319). Die Heimatwehr-Kandidaten hielten also innerhalb der Liste deutlich die Spitze.

Dass die Verbindung Heimatwehr–Nationale Front bei der Wählerschaft wenig Anklang fand, zeigt die geringe Zahl der unveränderten Listen. Nur 23,6% der abgegebenen Wahlzettel «Nationale Erneuerung» waren unverändert – ein Anteil, der bei diesen Nationalratswahlen nirgends in der Schweiz auch nur annähernd so tief lag. 42,7% der Listen waren innerhalb der Partei verändert. Es waren offensichtlich vor

¹ BTB 314/12.10.1935.

² Beiträge zur schweizerischen Statistik, Heft 5: Nationalratswahlen 1935. – Mappe Nationalratwahlen 1935, Bundesarchiv (Handgeschrieben, ohne Signatur).

allem die Heimatwehr-Wähler, die die Kandidaten der Nationalen Front strichen, denn in den Heimatwehr-Gemeinden lag der Prozentsatz der innerhalb der Partei veränderten Listen meist bedeutend höher als der genannte kantonale Durchschnitt von 42,7%.

Den höchsten Anteil an der Gesamtstimmenzahl erlangte die «Nationale Erneuerung» im Amt Frutigen mit 10,7%. Die Gemeinden Kandergrund mit 41,7%, Reichenbach mit 24,1% und Adelboden mit 17,4% stellten die grössten Wählerkontingente für die Erneuerer-Liste. Im Amt Thun brachten Eriz mit 28,4% und Homberg mit 33,4% einen respektablen Stimmenanteil für die Liste auf.

Die Erneuerungsbewegung erlitt auch gesamtschweizerisch gesehen eine erdrückende Niederlage. Die Nationale Front errang einen Sitz in Zürich, die Union Nationale einen in Genf. Als grosser Sieger ging Gottlieb Duttweiler mit seiner Liste der «Unabhängigen» aus dem Wahlkampf hervor. Die Unabhängigen erlangten in Zürich fünf Sitze, womit sie auf Anhieb zur zweitstärksten Nationalratspartei dieses Kantons wurden, und je einen Sitz in Bern und St. Gallen. Duttweiler wurde in allen drei Kantonen gewählt.¹

Der spektakuläre Erfolg des ideenreichen Unternehmers war eine bittere Pille für die Gruppen der «Nationalen Erneuerung». Sie machten aus ihrer Enttäuschung ob des Wahlausgangs kein Hehl. Die Gründe für ihren Misserfolg suchten sie aber weniger in eigenem Ungenügen als in der schlimmen Geistesverfassung der Volkes, dem sie in souveräner Geringschätzung politische Unreife oder Unmündigkeit, Trägheit und materialistische Gesinnung vorwarfen.² Als weitere Ursache für den Erfolg der Unabhängigen wurde angesehen, dass Duttweiler ein Mann der Tat war, dass er «Taten» vorzuweisen hatte.³ Da müssten die Akzente meines Erachtens doch etwas anders gesetzt werden. So würde man statt von den «Taten» Duttweilers besser von seinen *Leistungen* sprechen. Entscheidend für seinen Erfolg halte ich die *Übereinstimmung*

¹ Dieses erstmalige Ereignis in der schweizerischen Wahlgeschichte hatte zur Folge, dass 1939 das Kandidieren in mehreren Kantonen durch Gesetz untersagt wurde.

² Front 243/18.10.1935. – EF 2/11.11.1935. – H 44/31.10.1935.

³ EZ 44/1.11.1935.

von Wort und Tat. Diese Übereinstimmung verlieh seinem politischen Aufreten Überzeugungskraft, seinen Worten Glaubwürdigkeit. Die einfache Gegenüberstellung: Idealismus bei den Erneuerern – Materialismus bei Duttweiler, wird der Sachlage nicht gerecht. Auch Duttweilers Kampf hatte eine ideelle Grundlage. Anderseits hatten auch die Erneuerer den Wähler durch Versprechen auf eine materielle Besserstellung zu gewinnen gesucht. Entscheidend war, dass Duttweilers Ideale mit seiner praktischen Tätigkeit übereinstimmten, während bei der Nationalen Front – und nach ihr wurden weitgehend auch die übrigen frontistischen Gruppen beurteilt – die proklamierten Ideale oft schwer mit der politischen Praxis in Einklang zu bringen waren. Mochten auch einige Frontisten aus ehrlicher Überzeugung für eine «innere Umwandlung» kämpfen, entscheidend für die Einschätzung der Nationalen Front in der breiten Öffentlichkeit war deren Auftreten.¹ Zahlreiche Krawalle, ein Bombenattentat, je ein Überfall auf einen freimaurerischen und einen jüdischen Unternehmer, Saalschlachten mit den politischen Gegnern vor den Wahlen, mehrere Aktionen im Zeichen eines «Radau-Antisemitismus» – all dies war nicht geeignet, «den steinigen Weg des Kampfes, der Opfer und der inneren Umwandlung»² glaubhaft erscheinen zu lassen. Zudem wurde dem «schwachen Vorstellungsvermögen des Bürgertums» in bezug auf die Konsequenzen der politischen Grundgedanken der Nationalen Front durch die Ereignisse im Ausland «Anschauungsunterricht» erteilt.³ Die Taten des Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus waren in breiten Bevölkerungskreisen mitbestimmend für das Bild, das man sich von den Fronten machte. Waren sie 1934 vor allem durch den sogenannten Röhm-Putsch in Mitleidenschaft gezogen worden, so bildete 1935 der Überfall des faschistischen Italien auf Abessinien im Oktober, also unmittelbar vor den schweizerischen Nationalratswahlen, einen denkbar ungünstigen Hintergrund für die Wahlkampagne der Fronten.⁴

¹ Vgl. dazu GLAUS, Die Nationale Front, 282–304.

² Front 243/18.10.1935. ³ NZZ 109/5.3.1972.

⁴ Vgl. Nationale Hefte 8/November 1935, 411.

6. DER EIDGENÖSSISCHE BUND VOM 16.FEBRUAR 1936 (HEIMATWEHR THUN UND VOLKSFRONT)

Die Nationalratswahlen vom Oktober 1935 waren das letzte politische Ereignis, das die vier Gruppen des Nationalen Kampfbundes zusammenhielt. Ihr Ausgang bot keinen Anreiz für ein weiteres Zusammensehen. Er musste ernüchternd wirken und klarmachen, dass die Möglichkeit, die eigene Gruppe durch Allianzen mit andern Organisationen zu stärken, illusorisch war.

Nach den Wahlen fiel aber nicht nur der Kampfbund auseinander; Zwistigkeiten, die seit längerer Zeit innerhalb der Heimatwehr geschwelt hatten, führten nun zur Spaltung. Spannungen hatten sich bereits im Frühjahr 1935 bemerkbar gemacht. Die Grossräte Lengacher und Wandfluh setzten sich zusammen mit dem «Heimatwehr»-Redaktor Pius Zimmermann energisch für die Wehrvorlage ein, obwohl die Stimmung unter der Anhängerschaft der Heimatwehr, namentlich im Frutigtal, gegen die Vorlage war.¹ Graber schien sich auf die Seite der gegen die beiden Grossräte Opponierenden zu stellen. Erste Anzeichen einer gewissen Isolierung Grabers innerhalb der Heimatwehr waren im August 1935 festzustellen. An der Generalversammlung vom 25. August wurde er nicht mehr als Zentralpräsident bestätigt.² An seine Stelle trat Lengacher, Vizepräsident wurde Dürrenmatt. Graber blieb aber noch Mitglied des Zentralvorstandes. Hauptgrund für seine Wegwahl dürfte gewesen sein, dass er für einen Zusammenschluss mit den Schweizer Faschisten eintrat.³ Er war der Meinung, ein Teil der Heimatwehrler sei Fonjallaz geneigt. Die Möglichkeit eines neuerlichen Zusammensehens mit den Schweizer Faschisten wurde aber von Lengacher entschieden von der Hand gewiesen, wobei er die Unterstützung der Mehrheit fand.⁴ Auffallend ist, dass Graber, nachdem er in der Kampagne gegen die Kriseninitiative neben Dürrenmatt der aktivste Agitator der Heimatwehr gewesen war, im bernischen Aktionskomitee

¹ H 8/21.2.1935. – H 11/14.3.1935. – OTB 36/13.2.1935. ² H 35/29.8.1935.

³ Polizeirapport vom 5. Februar 1936 über eine Zusammenkunft Grabers mit einigen Schweizer Faschisten in Thun am 2. Februar 1936, Akten BA, Heimatwehr 1934–1943.

⁴ Polizeirapport vom 5. Februar 1936.

für die Totalrevision der Bundesverfassung nicht mehr vertreten war. Auch dies deutet auf eine Isolierung Grabers, insbesondere in der Führerschaft der Heimatwehr. An der kantonalbernischen Delegiertenversammlung der Heimatwehr vom 29. September 1935 trat Graber als Kantonalpräsident zurück und nahm auch die Wahl in den Kantonalvorstand nicht an.¹ Trotzdem beschloss die Versammlung, ihn in Würdigung seiner Verdienste um die Bewegung als Spitzenkandidaten für die Nationalratswahlen aufzustellen. Möglicherweise hoffte man, ihn mit dieser Nomination davon abzuhalten, der Heimatwehr den Rücken zu kehren. Der Misserfolg bei den Wahlen dürfte für Grabers Entschluss, sich von der Heimatwehr zu trennen, ausschlaggebend gewesen sein.

Graber suchte sich vorerst den Schweizer Faschisten anzuschliessen.² Er glaubte, dass ungefähr dreissig Heimatwehrler mit ihm zu den Faschisten übertreten würden. Woran sein Plan scheiterte, liess sich nicht ermitteln.

Einen Partner fand Graber schliesslich in Hans Bossards Volksfront. Am 16. Februar 1936 schlossen sich die Volksfront und Graber mit einigen seiner Anhänger – «Heimatwehr Thun» genannt – zusammen.³ Die neue Organisation nannte sich Eidgenössischer Bund. Als ihr Zeitungsorgan erschien vom 28. Februar 1936 bis 6. Februar 1939 der «Eidgenoss», ein gehaltloses antisemitisches und freimaurerfeindliches Schmähblättchen. Am 30. Mai 1936 wurde noch die rechtsgerichtete Neuenburger Gruppe «Jeunesse Nationale» in den Eidgenössischen Bund aufgenommen.⁴ Das neue frontistische Gebilde blieb aber politisch bedeutungslos.

7. SCHLUSSBEMERKUNG ZU KAPITEL V

Betrachtet man die Situation des schweizerischen Frontismus ungefähr drei Jahre nach dem Frontenfrühling, so lässt sich feststellen, dass die Meinung ROBERT TOBLERS⁵, das bunte Nebeneinander verschiedener Gruppen werde durch eine geschlossene, zentral geführte Bewegung abgelöst werden, sich nicht bewahrheitete. Die Vielzahl selbständiger Gruppen war geblieben, einige neue Grüppchen waren hinzugetreten. Der Fron-

¹ H 40/3.10.1935. ² Polizeirapport vom 5. Februar 1936.

³ Volksfront 7/21.2.1936. – Eidgenoss 1/28.2.1936. ⁴ Eidgenoss 15/15.6.1936.

⁵ TOBLER, Wesen und Ziele, I.

tismus war nach einigen Anfangserfolgen sehr rasch zur politischen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Weshalb aber war keine «politisch schlagkräftige Truppe», kein «marschierendes Heer» entstanden?¹

WALTER WOLF zieht, nachdem er sich auf rund hundert Seiten mit 17 verschiedenen Fronten befasst hat, folgendes Fazit seiner Untersuchung: «*Zusammenfassung*

Das *politische Sektierertum* der Fronten äusserte sich nicht nur in extremen Ideen, es kam auch in einer heilosen *Zersplitterung* zum Ausdruck. Zahlreich waren jene Papabili, die ihrem politischen Handeln den Nymbus der Unfehlbarkeit zulegten, zu zahlreich jene kleinen Despoten, die glaubten, allein zur Führung berufen zu sein, und jedem, der nach ihrer Krone griff, mit persönlicher Gehässigkeit und bitterer Feindschaft entgegentrat. „Ein hervorstechendes Merkmal der frontistischen Bewegungen bildeten die Eifersüchteleien der Gruppen unter sich wie der Spaltenfiguren innerhalb der einzelnen Parteiungen. Sie waren die Frucht des Trugschlusses: Hitler hat mit sieben Mann begonnen und wurde der Führer einer grossen Nation, folglich habe ich mit sieben Getreuen die Chance, ein schweizerischer Hitler zu werden.“²

Die *selbstmörderische Tendenz zum Partikularismus* verhinderte ein geordnetes Wachstum der Fronten. Sie begünstigte im Gegenteil ein ungezügeltes Wuchern von Gruppen und Bünden und raubte damit dem Frontismus seine Schlagkraft. Schon aus diesem Grunde konnte der ‚Erneuerungsbewegung‘ kein dauernder Erfolg beschieden sein. Die chaotische Zersplitterung der Fronten musste letztlich nur den alten Parteien zugute kommen und den *demokratischen Institutionen* unseres Landes förderlich sein.“³

An dieser Analyse scheint mir einiges fragwürdig zu sein: Zunächst kann ich keine Verbindung zwischen den meisten verwendeten *Begriffen* und *Formulierungen* und der historischen Realität herstellen. Wo tritt ein «ungezügeltes Wuchern» von Gruppen und Bünden in Erscheinung? Wo ist eine *chaotische Zersplitterung* feststell-

¹ TOBLER, Wesen und Ziele, 1.

² Zitat aus KARL WEBER, Die Schweiz im Nervenkrieg, Stäfa 1948, 121.

³ WOLF, 104 und 106. Das vorliegende Zitat gibt die ganze Zusammenfassung bei WOLF wieder. Auf Seite 105 ist eine Illustration.

bar?¹ Kann man die Zusammenschlüsse, Zusammenschlussbemühungen, die Allianzen, Kampfbündnisse und Aktionsgemeinschaften innerhalb des frontistischen Lagers sowie das Paktieren oder die Zusammenarbeit mit Parteien des «Systems» mit «politischem Sektierertum» und «selbstmörderischer Tendenz zum Partikularismus» kennzeichnen? Wo sind Belege zu finden für die Richtigkeit der Aussage des angeführten Zitats von KARL WEBER? Dass er praktisch genau den gleichen Trugschluss, der in diesem Zitat den frontistischen «Spitzenfiguren» unterschoben wird, selber übernimmt, wenn er die Charaktereigenschaften und Meinungen der «Papabili» und «kleinen Despoten» als entscheidend für das Schicksal des Frontismus betrachtet, ist sich WOLF offenbar nicht bewusst. Mehr noch als die Ausdrucksweise geht meines Erachtens die *Betrachtungsweise* an der Sache vorbei. Nach Wolfs Auffassung verhinderten persönliche Eifersüchteleien und Rivalitäten, politisches Sektierertum und – was immer man sich konkret darunter vorstellen mag – der selbstmörderische Hang zum Partikularismus ein «geordnetes Wachstum der Fronten» und «raubten» dem Frontismus die Schlagkraft. Mit andern Worten: die Fronten hätten nur ihre Eifersüchteleien aufgeben und sich zusammenschliessen müssen, und ein geordnetes Wachstum hätte ihnen bevorgestanden. Die relativ grosse Anzahl selbständiger Gruppen ist in dieser Sicht das Sonderbare, gewissermassen Anormale, Krankhafte [«heillose» Zersplitterung, «selbstmörderischer» Hang zum Partikularismus]. Eine solche Betrachtungsweise halte ich für ebenso wirklichkeitsfremd wie unhistorisch. Sie geht nicht nur hinter das zurück, was von der historischen Forschung an Erkenntnissen über den Frontismus vorher erarbeitet wurde, sondern auch hinter das, was zeitgenössische Beobachter – auch Frontisten – richtig erkannten. Ich möchte ihr als Diskussionsbeitrag für die Auseinandersetzung mit dem Frontismus folgende Arbeitshypothesen gegenüberstellen:

1. Als «Normalfall» ist nicht eine frontistische Einheitsbewegung, sondern eine Vielzahl selbständiger Gruppen zu betrachten.
2. Falls eine Abhängigkeit zwischen der sogenannten Zersplitterung und der Stärke des Frontismus gesucht wird, so ist von der An-

¹ Beginnt das Chaos mit 17?, ist man versucht zu fragen, wenn bei 17 Gruppen schon von chaotischer Zersplitterung die Rede ist.

nahme auszugehen, dass die Vielzahl selbständiger Gruppen nicht Ursache, sondern Ausdruck beziehungsweise Folge der Schwäche des Frontismus war.

Die Verwendung des Begriffs «Zersplitterung» macht deutlich, dass man – wohl unbewusst – das Bestehen einer Einheit voraussetzt, die dann «zersplitterte». Dies trifft aber nur für einen kleinen Teilbereich des Frontismus zu. TOBLER erfasste das 1933 richtig, wenn er von einem «Nebeneinander» verschiedener Gruppen, nicht von einer Zersplitterung sprach. Es gilt doch zu berücksichtigen, dass die Gruppen, die später den Fronten oder nationalen Erneuerungsbewegungen zugezählt wurden, in einem Zeitraum von mehr als zwanzig Jahren, zwischen 1919 und den ersten Jahren des Zweiten Weltkrieges, gegründet wurden. Sie entstanden in verschiedenen Landesteilen, als Ausdruck verschiedener politischer Strömungen, aus unterschiedlichen Anlässen; sie repräsentierten verschiedene soziale Schichten, vertraten verschiedene wirtschaftliche Interessen. TOBLER fand es «ganz natürlich, dass zahlreiche mehr oder weniger gleichgerichtete Körperschaften nebeneinander entstehen mussten», und betonte, die ausgeprägte kulturelle, konfessionelle und regionale Gliederung der Schweiz sowie die «Mannigfaltigkeit der Gesichtspunkte», die in den neuen Gruppen zum Ausdruck gekommen seien, hätten die zahlreichen Gründungen «nicht nur gefördert, sondern geradezu erfordert».¹

Zu betonen ist besonders, dass bei verschiedenen Gruppen, die sich das Etikett der nationalen Erneuerung aufklebten, die Vertretung bestimmter Interessen im Vordergrund stand (Heimatwehr im Kanton Bern, Neue Schweiz, BVH). Auch das wurde von Zeitgenossen klar gesehen. RENÉ SONDEREGGER z.B. schrieb: «Wenn die ‚Neue Schweiz‘ ihre vorwiegenden Ladeninteressen sehr ungeschickt mit nationaler Erhebung drapiert, ist Caspar Jenny, mehr als alle gegenwärtig herrschenden Wirtschaftstheoretiker, ein eigensinniger Exportfrontist, der das Prinzip dieser Gruppe [der Exportindustrie] mit allen Mitteln erhalten will.»²

GEORG KREIS kritisiert an der Darstellung von Wolf, dass verschiedene kleine Grüppchen nicht behandelt werden, und erklärt: «Zwar

¹ TOBLER, Wesen und Ziele, 1.

² RENÉ SONDEREGGER, Die Schweiz im Umsturz, 54.

könnte der Verfasser entgegnen, Gruppen mit nur wenigen Mitgliedern und kurzer Lebensdauer seien keiner Erwähnung wert. Bedenkt man aber, dass besonders die Aufsplitterung in rivalisierende Klein- und Kleinstgruppen für die schweizerische Frontenbewegung nicht nur typisch, sondern auch für ihren Misserfolg verantwortlich war, wird man einem Katalog sämtlicher Gruppierungen seine Berechtigung nicht absprechen...»¹ Ich kann mir demgegenüber nicht vorstellen, dass aus einigen Gruppen eine erfolgreiche Bewegung geworden wäre, hätten diese Gruppen nur ihre Rivalität aufgegeben und sich zusammengeschlossen. ROBERT TOBLER erklärte 1933, eine Gemeinschaft könne nicht konstruiert werden.² Dies gilt meines Erachtens in noch höherem Masse für eine Bewegung. Mit Bezug auf die Heimatwehr glaube ich sagen zu können, dass ein Zusammengehen mit andern Organisationen stets eine Verminderung ihrer «Schlagkraft» bewirkte.³

Eine historische Betrachtungsweise darf sich meiner Ansicht nach nicht damit begnügen, bei den einzelnen Fronten beziehungsweise deren Führern «Fehler» zu suchen, die die Erfolglosigkeit des Frontismus erklären sollen. Vielmehr müsste von der Frage ausgegangen werden, wie die Vorbedingungen für ein «geordnetes Wachstum» einer frontistischen Einheitsbewegung gewesen seien.

Dabei könnte von folgender Überlegung ausgegangen werden: Politisches Sektierertum, das in extremen Ideen und Zersplitterung zum Ausdruck gekommen sei, wird von Wolf als Charakteristikum der Situation des schweizerischen Frontismus angegeben. Ich glaube nichts Unrichtiges zu unterstellen, wenn ich annehme, unter den extremen Ideen seien vor allem die vom Nationalsozialismus übernommenen Ideen zu verstehen.

Nun kann für die Gruppen, die sich mehr oder weniger entschieden zum Nationalsozialismus bekannten, tatsächlich von einer Zersplittung gesprochen werden. Bestand 1931 bloss eine Gruppe, die sich als nationalsozialistisch verstand, Theodor Fischers Bund Nationalsozialistischer Eidgenossen, so kamen im Verlauf der dreissiger Jahre verschie-

¹ SZG 4/1969, 911. ² TOBLER, Wesen und Ziele, 38.

³ Vgl. oben, S.153. Dies gilt namentlich für das Zusammengehen mit den Schweizer Faschisten. Siehe dazu: ROTH, Die Schweizer Heimatwehr, Diss. Bern, 336, 410–415, 432.

dene Organisationen hinzu, die sich durch Absplitterung von der Nationalen Front gebildet hatten. Weit besser würde aber Wolfs Charakterisierung auf die Ausgangslage in Deutschland zutreffen. Hier entstanden nach dem Krieg gleichzeitig zahlreiche völkische Gruppen, deren eine die NSDAP war. Die «völkische Bewegung» zerfiel «in eine Vielzahl meist sektiererischer politischer Verbände».¹ Wenn hier nun einer dieser Verbände mit seinen extremen Ideen die andern verdrängen und schliesslich die Herrschaft über ein 60-Millionen-Volk erringen konnte, so muss es doch an den *anderen Voraussetzungen* gelegen haben, wenn in der Schweiz mit den entsprechenden Ideen keine Einheitsbewegung erreicht, kein Erfolg erzielt wurde.

Auch was diesen Punkt betrifft, glaube ich zeigen zu können, dass bei frappanter Analogie der Ausgangslage und der anfänglichen Entwicklung im Berner Oberland und einem vergleichbaren deutschen Gebiet, Schleswig-Holstein, die weitere Entwicklung in den beiden Gebieten unterschiedlich verlief, weil bedeutsame Unterschiede in den Voraussetzungen bestanden.²

Zusammenfassend würde ich die vorgeschlagenen Arbeitshypothesen wie folgt ergänzen:

Zu 1: Von politischem Sektierertum, Zersplitterung, extremen Ideen kann nur bei einem kleinen Teilbereich der sogenannten Erneuerungsbewegung gesprochen werden.

Zu 2: Wenn in der Schweiz nicht eine frontistische Massenbewegung entstand, vergleichbar der NSDAP in Deutschland, ist die Ursache dafür weniger bei den Gruppen und ihren Führern zu suchen als in der Tatsache, dass in der Schweiz die Voraussetzungen für eine solche Bewegung nicht günstig waren. Hätten die Voraussetzungen für das Aufkommen einer rechtsextremen Bewegung bestanden, so hätte sich eine der verschiedenen Gruppen durchgesetzt und die andern verdrängt oder an sich gezogen. Dass die Zeit des Aufschwungs des Frontismus im Frühjahr 1933 zugleich eine Konzentration der frontistischen Kräfte mit sich brachte, scheint mir in diese Richtung zu weisen.

¹ MARTIN BROSZAT, Der Staat Hitlers, München 1969 (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 9), 33.

² Siehe unten, S. 186.